

*Aufgrund der zu diesem Thema unter TOP 10.2 „Mitteilungen“ begonnenen Ausführungen wurde nach Einvernehmen im Ausschuss dieses sodann unter einem eigenständigem TOP 10.3. beraten*

Herr Müller, Fachbereichsleiter Ordnung, teilte den Anwesenden mit, dass nach einer gemeinsamen Ortsbesichtigung und einer zuvor erhaltenen Mitteilung seitens der örtlichen Polizeibehörde, man nunmehr zeitnah beabsichtige, ein Teilbereich der Dornierstraße, hier zwischen Lilienthalstraße in Fahrtrichtung Udetstraße, in eine sog. unechte Einbahnstraße umzuwandeln. Die hier nach Inaugenscheinnahme gegebene Verkehrssituation zeige sich als erhöhte Gefahrenstelle – zumal wenn Busverkehr und PKW-Verkehr an dortiger Einmündung bzw. Ausfahrt entgegenstehen.

Die dortigen, direkten Anlieger innerhalb dieses nun beabsichtigen unechten Einbahnstraßenbereichs dürften auch weiterhin wie gehabt in Richtung Udetstraße ausfahren – gleichfalls sei auch der Radverkehr weiterhin frei. Zusätzlich habe man für den dortigen Bereich Halteverbotszonen für absolutes Halteverbot geplant. Man versuche mit dieser Maßnahme nun die dort wahrgenommenen und erkannten Gefahren abzumildern. Hierzu solle auch parallel zur geplanten/anstehenden Umsetzung eine Pressemitteilung erfolgen.

Seitens verschiedener Ausschussmitglieder wurde Verwunderung über dieses nunmehr kurzfristige Handeln geäußert, zumal dieses ohne entsprechende Beteiligung/Einbindung sowohl von Bürgern als auch den politischen Gremien. Zwar teile man die Sorge und die ggf. hieraus resultierenden verkehrstechnischen Maßnahmen/Notwendigkeiten zur Abänderung der dortigen Verkehrsgefahren, jedoch erscheine das nun mitgeteilte Verfahren unangemessen in dieser kurzfristigen Zeitsetzung bzw. Umsetzungsabsicht. Gleichfalls empfand man es als unglücklich, auch im Hinblick auf die immer wieder aufkeimenden Diskussionen zur Buslinienführung, eine solche Maßnahme ohne entsprechende Beteiligungen umzusetzen.

Herr Gleß bestätigte zwar die durchaus nachvollziehbaren Verwunderungen, sowie dass dieses zügige Handeln ohne Beteiligung von Politik und Bürgern durchaus unglücklich erscheine - man jedoch aber auch eine erkannte und seitens der Polizeibehörde bestätigte Gefahrenstelle nun in ihrer Abänderung bzw. Behebung und Eindämmung nicht allzu lange aufschieben könne. Hier sei man auch als Verwaltung verpflichtet, die Sicherheit aller am und im Straßenverkehr Beteiligten größtmöglich zu halten.

Herr Müller teilte mit, dass aufgrund der im Ausschuss vorgebrachten Einlassungen nunmehr in der Abfolge einer Umsetzung vorerst eine entsprechende Pressemitteilung zur Ankündigung dieser Absichten vorbereitet werde – solange wolle man eine Umsetzung der beabsichtigten Maßnahme aussetzen. Eine solche Pressemitteilung werde nunmehr innerhalb der Verwaltung, als auch in Rücksprache mit der Polizeibehörde, zeitnah vorbereitet – jedoch wies er auch darauf hin, dass dieses Verfahren durchaus einige Wochen dauern könne. Über das weitere Vorgehen werde man sodann berichten.

